

Professor Dr. Karl Möckl
Universität Bamberg

Hanns Seidel in seiner Zeit: Die politisch-historische Entwicklung Bayerns (1946–1961)*

Hanns Seidel war ein Mann des Buches. Gute Bücher entrückten ihn, wie er sagte, »in das Paradies der hohen Geister«. Die Erfahrungen mit ihnen waren meist besser als diejenigen, die er mit Menschen machen mußte. Dennoch fühlte er sich den Menschen sehr verbunden und erwies sich gerade in der Politik als ein Mann der Praxis. Der strenge Maßstab der realen Möglichkeiten gab ihm die Gewißheit, seine politischen Ziele zu erreichen. Soziales Herkommen, Erfahrungen als Frontsoldat im Osten und sein Patent als Hauer im Bergbau erinnerten ihn daran, daß sich das Grundsätzliche, das Theoretische ständig mit der Wirklichkeit zu verbinden habe. Seidel meinte die menschliche Wirklichkeit. Seine Sicht, seine Vision vom Menschen bewegte ihn, als Politiker nach den Grundsätzen einer christlichen Verantwortung zu handeln und nicht nach den Prinzipien christlicher Gesinnung. Nach Max Weber sah er sich der Verantwortungsethik und nicht einer Gesinnungsethik verpflichtet. So war Seidel den politischen Grundsatzauseinandersetzungen und den Weltanschauungskämpfen der Weimarer Zeit abhold, gewann aber in der Vorkriegszeit den breiten Fundus seiner Bildung und seinen festen Glauben. Germanistik, Nationalökonomie und Jurisprudenz bildeten das weite Feld seiner Studien. Sie führten ihn zu einem irdischen Begriff von Politik. Nicht der Antagonismus von Machterhaltung und Machtverlust stand im Vordergrund seines Denkens, sondern das Erhalten oder das Erwerben von Vertrauen in die Institutionen des Staates und des Volkes.

I.

Hanns Seidel hatte wesentlichen Anteil am Aufbau Bayerns nach dem großen Zusammenbruch von 1945. Diesem Anteil gilt es nachzuspüren, und es wird sich zeigen, daß es berechtigt ist, seine Persönlichkeit im Zusammenhang mit der Entwicklung des Landes zu sehen. In gewisser Weise spiegeln die politischen Lebensstationen Seidels den Weg Bayerns durch die Nachkriegszeit. Er gehörte in seiner Heimatstadt Aschaffenburg zwar nicht zu den Gründern der Christlich-Sozialen Union, war aber wesentlich an ihrem Aufbau beteiligt. Die Gestaltung der Demokratie von unten entsprach nicht nur dem Willen der amerikanischen Besatzungsmacht, sondern auch der Überzeugung Seidels, der föderativen Anlage politisch-staatlicher Ordnung. In das Amt des Landrates im Kreis Aschaffenburg berufen, erfuhr er auf breiter Grundlage, daß die Linderung der Not und die Hebung des materiellen Wohlstandes eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des neuen bayerischen Gemein-

*) Dieser Vortragstext wird an anderer Stelle, mit wissenschaftlichem Apparat versehen, veröffentlicht.

wesens sein mußte. An der Gründung der Industrie- und Handelskammer war er ebenso beteiligt wie an der Neugliederung des bayerischen Unterraingebietes. Die Ansätze zu einer Regionalreform wurden über ein Jahrzehnt später fortgeführt.

Seidels Arbeit war erfolgreich und zukunftsorientiert. Sie führte zu seiner Wahl in die Verfassungsgebende Landesversammlung am 30. Juni 1946. In den Beratungen betonte er die wichtige Funktion der Kirchen und die Bedeutung des föderalistischen Gedankens. Die Kirchen sollten Einfluß auf den Staat haben und ein christliches Bollwerk gegen erneute nationalsozialistische oder andere totalitäre Bewegungen bilden. Das Verhältnis von Kirche und Staat auf dem Gebiet von Schule und Lehrerbildung beschäftigte die bayerische Politik bis in die fünfziger Jahre. Die Beseitigung dieser Konflikte mit Zustimmung aller Parteien im Landtag und der Kirchen im Lehrerbildungsgesetz von 1958 sollte zum ersten Erfolg des Ministerpräsidenten Hanns Seidel werden.

Bei der Verwirklichung des Föderalismus verwarf Seidel die dialektischen Ansätze der Weimarer Zeit und orientierte sich an Vorstellungen der Koordination nach dem Vorbild der amerikanischen Verfassung und der Bismarckschen Reichsverfassung; eine Linie, die er als Mitglied des Frankfurter Länderrates und des Bundesrates weiterverfolgte. Das Verhältnis des Bundes und der Länder sah er als »harmonische Verknüpfung der Interessen zum Besten des Ganzen, des Bundes«. Seidel lehnte deswegen die Einführung eines bayerischen Staatspräsidenten ab. Diese Einstellung entsprach der Konrad Adenauers. Er suchte ihn als Staatssekretär im Bundeskanzleramt zu gewinnen. Mehr noch, als Adenauer Bundespräsident werden sollte, erwog er Seidel als seinen Nachfolger im Kanzleramt. Heinrich Krone sagte 1959 vom Ministerpräsidenten Seidel, daß Adenauer mit ihm besser auskomme als mit den »Landesfürsten« der CDU.

Im großen und ganzen wurden die Vorstellungen Seidels in der Bayerischen Verfassung von 1946 verwirklicht. Er zog als Abgeordneter in den ersten Bayerischen Landtag ein. Obwohl Repräsentanten des sogenannten Müller-Flügels, stellten sich Hanns Seidel und damals auch schon deutlich Franz Josef Strauß auf die Seite Hans Ehards. Ihnen lag die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft am Herzen. Die Berufung Seidels zum Wirtschaftsminister am 20. September 1947 im zweiten Kabinett Ehard war damit vorgegeben. Er hatte dieses Ressort, dem 1952 auch die Verkehrsaufgaben angegliedert wurden, bis 1954 inne. Die Übernahme dieses Amtes erforderte in dieser schweren Zeit Mut. Die Bürde war angesichts von Zerstörung und Hungersnot übermäßig schwer. Dennoch hatte Seidel, wie manche andere, nicht nur die Aufräumarbeiten, die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen und den alltäglichen Kleinkrieg im Auge, sondern führte in der Währungsreform am 20. Juni 1948 die Abschaffung der Zwangswirtschaft mit herbei und suchte mit einer aktiven Wirtschaftspolitik die Entwicklung Bayerns in eine bessere Zukunft zu lenken. Das macht zu einem guten Teil die Bedeutung aus, die er später gewann. Für Seidel war Wirtschaftspolitik, wie sie in den Verfassungen Bayerns und der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen ist, Sozialpolitik und in umfassendem Sinne Gesellschaftspolitik. Die Entscheidung für den Föderalismus als »Recht der kleinen Lebenskreise« sollte als Lebensprinzip »der Materialisierung des politischen Denkens, die vielfach vom Wirtschaftlichen herkommt«, entgegenwirken. Erst durch die Orientierung wirt-

schaftlichen Handelns am Einzelmenschen und an der Gemeinschaft gewann sein Programm einen offensiven Charakter. Regionale Wirtschaftspolitik und Soziale Marktwirtschaft hatten einander zu bedingen. Seidel entwickelte nicht nur Gedanken, er erprobte sie in der Praxis. Später knüpfte die Theorie der Wirtschaftswissenschaften an diese Vorstellung an. Heute wird die Stärkung der Länder geradezu als Modernisierungskonzept verstanden, das für die Zukunft einer politischen Ordnung maßgeblich sein kann.

Infrastrukturpolitik und verstärkte Industrialisierung waren in einem grundlegenden Sinne geeignet, die Not der Nachkriegszeit zu lindern, die Massenbedürfnisse zu befriedigen und die Neubürger Bayerns, zwei Millionen, 23 Prozent der Bevölkerung, einzugliedern. Innerhalb der CSU sicherte Seidel seine wirtschaftspolitische Linie sechs Tage vor der Währungsreform durch die Mitinitiative zur Gründung des »Wirtschaftsbeirates der Union e. V.« ab. Einflußreiche Persönlichkeiten sollten dazu beitragen, die Entwicklung Bayerns auf jenen Gebieten zu fördern, in denen der stärkste Nachholbedarf zu verzeichnen war. In diesem Prozeß, der für Bayern einen deutlichen Modernisierungsschub nach sich ziehen sollte, war die Beseitigung der Not der Nachkriegszeit nur ein Teilproblem. Die Mitbegründung des Rationalisierungsausschusses der deutschen Wirtschaft im März 1948 und die Landesentwicklungsplanung zwischen 1951 und 1954 legen von dieser Einschätzung beredtes Zeugnis ab. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Seidel der Strukturpolitik. Neben dem Ausbau und der Erneuerung des Verkehrssystems nahm der Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals einen wichtigen Platz ein. Die Energieversorgung wurde durch verstärkte Nutzung von Wasserkraft verbessert, da allein von 1946 bis 1950 der Stromverbrauch von drei auf fünf Milliarden Kilowatt pro Jahr anstieg. Eine bedeutende Funktion im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik Bayerns hatte seit 1950 die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung. Sie bot industriellen Neu- und Ansiedlungen der Vertriebenen Hilfen und erfüllte Aufgaben im Rahmen der Grenzlandpolitik, die sich durch die Auswirkungen des Eisernen Vorhangs gestellt hatten. Es galt, die Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum zu schaffen, das für Seidel eines der wichtigsten Mittel zur Lösung sozialer Probleme war. Bayern erlebte den größten Industrialisierungsschub in seiner Geschichte überhaupt. Seidel verstand das durch den anbrandenden Flüchtlingsstrom vorhandene Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften für die industrielle Entwicklung des Landes zu nutzen. Bis 1950 entstanden 5000 neue Industriebetriebe, davon ein Viertel auf Initiative der Vertriebenen. Von 1947 bis 1953 stiegen die Arbeitsstellen mit zehn und mehr Beschäftigten von 5200 auf etwas über 10000. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich von etwa 400000 auf über 800000. Dies bedeutete gegenüber der Vorkriegszeit einen Anstieg um 80 Prozent.

Das industrielle Produktionsvolumen Bayerns nahm bis 1954 im Vergleich zur Zeit vor dem Kriege um 74 Prozent zu. Das sind gewaltige Zahlen, und Seidel sprach mit Recht von einem vorläufigen Abschluß des Industrialisierungsprozesses. Das Land hatte die unmittelbaren Nachkriegsschwierigkeiten überwunden und eine industriell-agrarische Mischstruktur erlangt, die nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch unter sozial-kulturellen Ansprüchen tragfähig war.

Den tiefgreifenden Wandel mag man daran erkennen, daß etwas über 40 Prozent der gesamten Wertschöpfung auf die Industrie entfielen und nur noch knapp 20 Pro-

zent auf die Land- und Forstwirtschaft. Die bayerische Industrie hatte sich als Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie eingerichtet, eine Tatsache, die für die Zukunft die sogenannte Revierferne mehr als kompensieren konnte. Diese Entwicklung trägt heute wesentlich dazu bei, daß Bayern konkurrenzfähig bleibt und für die Ansiedlung von Betrieben, so im Bereich der Hochtechnologie, nach wie vor attraktiv ist. Durch diese Ausgangsbasis Mitte der fünfziger Jahre war eine gezielte Förderung des Mittelstandes möglich, zu dem Hanns Seidel auch die Landwirtschaft rechnete. Die Gründung der »Arbeitsgemeinschaft Mittelstand« in der CSU sollte nunmehr diese neue Dimension bayerischer Politik absichern. Landwirtschaft, Handel und Handwerk waren aussersehen, moderierend auf den dynamischen Industrialisierungsprozeß einzuwirken. Diese Politik konnte Seidel aber zunächst nur als Oppositionsführer im Bayerischen Landtag anregen.

II.

1954 trat die sogenannte Viererkoalition unter der Ministerpräsidentenschaft Wilhelm Hoegners die Regierung in Bayern an. Dieses Kapitel könnte bei dem mir gestellten Thema überblättert werden, wenn die CSU in einem Reformprozeß unter dem prägenden Einfluß Seidels nicht ihre zukunftsweisende Identität gewonnen hätte. Dieser Vorgang hatte Bedeutung für die politische Kultur Bayerns insgesamt. Es ist die Zeit der Neugründung der CSU. Keineswegs verlor sie 1954 die Landtagswahl, im Gegenteil, sie gewann mehr als zehn Prozent der Stimmen hinzu. Seidel gab die Art und Weise zu denken, wie die CSU bei der Regierungsbildung ausgeschaltet wurde. Er äußerte Sorge um die Demokratie. Die Ränkespiele der Parteiführungen trugen dazu ebenso bei, wie der nicht sachlich, sondern mehr psychologisch motivierte Gegenwind, den die CSU in der öffentlichen Meinung verspürte. Die Presseauseinandersetzungen legen in der Tat die Auffassung nahe, daß die Regierung Hoegner weniger durch die Faszination ihrer politischen Ziele als durch die Ablehnung der CSU in den Sattel gehoben wurde. Unter diesen Gesichtspunkten waren die Sorgen, die sich Seidel um seine Partei machte, berechtigt.

Nach seiner Meinung mußte die CSU nicht nur ein bestimmtes Rollenverständnis als Oppositionspartei entwickeln, sondern als Voraussetzung eine innerparteiliche Erneuerung anstreben. Beiden Aufgaben stellte sich Hanns Seidel, indem er die Führung der Opposition im Landtag und den Parteivorsitz übernahm. Hans Ehard wurde Präsident des Bayerischen Landtages. Der Auftakt war ungewöhnlich. Es mochte auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, wenn Seidel die Wahrnehmung und Durchsetzung der bayerischen Belange in der Bundespolitik als die erste Aufgabe der Opposition in Bayern bezeichnete. Auf den zweiten Blick wird man aber eine offensive Strategie erkennen. Seidel stellte die Kompetenz der Regierung der Viererkoalition in Frage, indem er in Bonn gleichsam eine bayerische Regierungspolitik verfocht. Zwei Gründe sind erkennbar: Zunächst entsprach die Ausgrenzung der CSU als Mehrheitspartei nach Seidels Meinung nicht dem politischen Stil in einer Demokratie, und zum anderen konnte die CSU in Bonn durch die starke Stellung der dortigen Landesgruppe mit Franz Josef Strauß tatsächlich erfolgreich Politik für Bayern betreiben. Das Konzept eines koordinativen Föderalismus unter Verzicht auf übermäßige Konfrontation mit der Bundesregierung schlug nun fruchtbar zu Buche. In Bayern selbst wollte Seidel die Vernünftigen in Politik und Öffentlichkeit über-

zeugen, ihn zu unterstützen. Die Sympathiewerbung unterstrich er durch den Ausbau einer betont sachlichen und kooperativen Oppositionsrolle im Gleichklang mit der Parteireform. Seidel stützte damit auch die Regierung Adenauer. Mit seinem Verhalten hemmte er Entwicklungen, die auf gleiche Weise wie in Bayern eine Ablösung der Bundesregierung anstrebten. So lag es nahe, daß Hanns Seidel einen Schwerpunkt der Oppositionspolitik im Ausbau des Föderalismus sah. Im einzelnen erläuterte er seine Vorstellungen in einem Grundsatzreferat vor dem Landesauschuß der CSU in Bayreuth am 23. Juli 1956. Aus seinem föderativen Verständnis leitete er die Grundsätze der damals vieldiskutierten Sozialreform ab, nämlich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirtschaftskraft und Sozillasten herzustellen und auf Dauer zu verwirklichen. Im kulturpolitischen Bereich lagen ihm als christlichem Politiker Familie und Erziehung am Herzen. Nicht Fortschrittsglaube und indifferente weltliche Kultur waren für ihn maßgebend, sondern religiöse Wirkkräfte, die dem christlichen Glauben und der christlichen Sitte zu entsprechen hatten. In seinem Handeln unterschied Seidel nicht grundsätzlich zwischen Regierungs- oder Oppositionsverantwortung. Das Gemeinwohl stand im Mittelpunkt. »Die Opposition ist nicht nur ein integrierender Bestandteil des Parlaments, sondern ein höchst wichtiger Integrationsfaktor im gesamten demokratischen Leben«.

Die Zeit der Opposition war für Seidel eine Zeit der Vorbereitung auf die Übernahme der Regierungsverantwortung. Die CSU hatte nach seiner Meinung die Möglichkeit erhalten, diese Rolle als Erneuerung des Auftrages zu begreifen, ihre politische Auffassung in das bayerische Volk hineinzutragen. Eine gute Voraussetzung zur innerparteilichen Erneuerung war gegeben. Presseberichte, wonach die Viererkoalition nur »durch die Feindschaft gegenüber dem konservativ-katholischen Flügel der CSU zusammengehalten wird«, taten ein übriges. Die Parteireform brachte zunächst eine Reorganisation und Straffung der Parteiarbeit. Organisationspolitisch wurde dies durch die Stärkung beziehungsweise Neueinrichtung der Institution des Generalsekretärs, durch Ausbildung der Gleichgewichtigkeit der einzelnen Bezirksverbände und durch die Aktivierung der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise erreicht. Die sinnvolle Verbindung von vertikalen Zweckmäßigkeiten mit horizontalen Notwendigkeiten macht noch heute die Stärke und auch die Flexibilität der CSU aus. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Partei nicht mehr wie zu Ehards Zeiten von der Staatskanzlei aus zu dirigieren war, sondern daß sie die Präsenz des Vorsitzenden in der Landeszentrale notwendig machte und in der Hand eines starken Vorsitzenden zu einem wirkungsvollen politischen Instrument werden konnte.

Für Hanns Seidel war aber die Organisationspolitik nur die eine Seite der Erneuerung. Die andere bezog sich auf das Grundsätzliche und die Programmatik. Er galt als ein Mann, der Liberalität und Grundsatzfestigkeit zu vereinigen verstand. In diesem ausgleichenden Sinne verankerte er nicht nur verstärkt das soziale Element auf der Grundlage der Subsidiarität und des wirtschaftlichen Wohlstandes in Vorstellungen und Arbeit der CSU, sondern verhalf auch dem Unionsgedanken endgültig zum Durchbruch. Er sah es, wie er selbst sagte, als »bleibendes Verdienst« der christlichen Politiker der ersten Stunde an, daß sie »den Turm konfessioneller Abgeschiedenheit« verlassen hatten. Frei von kirchlichem Einfluß, aber als politische Handlungseinheit der Christen beider Konfessionen sah Seidel die Union. Diesen Gedanken hat auf

dem 6. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart Franz Josef Strauß aufgegriffen. Er sagte: »Wir sind zutiefst von der Richtigkeit der Unionsidee überzeugt, die nicht eine politische Koalition der beiden Konfessionen ist und niemals werden darf, sondern eine politische Einheit der beiden Konfessionen darstellt«. Für Seidel galt es, mit Hilfe der christlichen Grundsätze der Union und demokratischen Methoden das Zusammenleben der Menschen zu ordnen. Konservativ war für ihn nicht traditionalistisch, sondern: »Die Zukunft und deren Gestaltung ist dem Konservativen ein Anliegen, das er leidenschaftlich und unter den Bedingungen seiner Zeit und ihrer Erkenntnisse verfolgt. Eines trennt ihn allerdings von jenen optimistischen Fortschrittsgläubigen, die annehmen, daß es nur auf die sozialen und politischen Voraussetzungen einer fortgeschrittenen Welt ankomme, um Not, Irrtum und Unzulänglichkeit jeder Art zu überwinden. Es trennt ihn von jenen Fortschrittsgläubigen die Überzeugung, daß der Mensch geschichtliche Kontinuität dringend nötig hat«.

Der organisatorische und inhaltliche Aufbruch bedeutete das Ende der Flügelkämpfe und damit das Ende der Nachkriegsphase der CSU. Seidel integrierte die Exponenten der verfeindeten Flügel notfalls durch Kooptation im geschäftsführenden Landesvorstand. Dieses war ein geschickter Schachzug. Für die Zukunft richtete sich die ganze Aufmerksamkeit auf die Rekrutierung jüngerer Führungskräfte. Die Partei tat sich damit zunehmend leichter, da durch die Parteireform die Mitgliederzahlen sprunghaft anstiegen. Später konnte Max Streibl sehr selbstbewußt feststellen: »Der CSU ist es wie keiner anderen Partei gelungen, sich mit Bayern zu identifizieren. Die CSU steht heute für Bayern. Und dies ist gelungen, weil es die CSU wie keine andere Partei verstanden hat, die Identität ihrer Politik mit dem Wollen der Bevölkerung in Einklang zu bringen.« Die CSU gewann das Profil einer modernen Partei. Ihre Arbeit wurde im Vergleich zu den anderen Parteien effektiver, was nicht nur die deutsche Parteienlandschaft prägte, sondern in Bayern praktisch das Zweiparteiensystem herbeiführte. Es kommt nicht von ungefähr, daß Hanns Seidel gerade als Oppositionsführer 1956 seine Vorstellungen von politischer Bildung formulierte. Im Zusammenhang mit der Gründung der Akademie für politische Bildung in Tutzing hob er die grundlegende Bedeutung dieser Aufgabe für den demokratischen Parteienstaat hervor. Er verwies auf jene Grundsätze, die im politischen Bereich alle Staatsbürger verbinden sollten. Er reformierte die CSU – eine Chance, die alle Parteien hatten – auf diese Zielsetzungen hin und bestimmte damit ihre wichtige und für viele unabkömmliche Rolle im demokratischen System. In seinem Sinne diente Parteireform in Verbindung mit politischer Bildung letztlich der Festigung der Demokratie in Bayern und Deutschland. Was später die Rolle der Parteien durch das Parteiengesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes umschrieb, hat Seidel inhaltlich vorweggenommen

III.

Hanns Seidel war der Überzeugung, einen Beitrag zur politischen Kultur des Landes zu leisten. In der Tat sind im demokratischen Staat Veränderungen in den Parteien und zwischen den Parteien von seismographischer Bedeutung für die gesamte politische Ordnung. Die Arbeit Seidels als Parteivorsitzender und Oppositionsführer im Landtag trug unmittelbar Früchte. Bei den Kommunalwahlen im März 1956 verbes-

serte die CSU ihr Ergebnis um 7,7 Prozent der Stimmen. Das Ende der Regierung Hoegner kündigte sich an, als es ihr nicht gelang, die beiden wichtigsten Probleme, das neue Lehrerbildungsgesetz und die Verwaltungsreform, unter Dach und Fach zu bringen. In der Bundestagswahl vom September 1957, der sogenannten Adenauer-Wahl, errang die CDU/CSU die absolute Mehrheit. Es war ein gewaltiger Triumph, an dem die CSU als nunmehr drittstärkste Partei in der Bundesrepublik mit 57,9 Prozent der Stimmen im eigenen Land und mit 53 Abgeordneten im Bundestag einen erheblichen Anteil hatte.

Die Viererkoalition brach endgültig auseinander. Wirkungsvoll hatte sich die Zusammenarbeit der CSU-Gremien auf Landes- und Bundesebene erwiesen. Hanns Seidel, der bayerische Politiker mit deutschen Visionen, und Franz Josef Strauß, der deutsche Politiker mit bayerischen Visionen, ergänzten sich und machten schließlich den Regierungswechsel in Bayern unabdingbar. Das sah auch Hoegner ein. Die Wachablösung verlief ohne größere Probleme und ohne persönliche Konflikte. Reibungslos wurde Seidel am 16. Oktober 1957 zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Die parlamentarische Basis bildete eine Koalition aus CSU, FDP und BHE. Wie erwartet, gab Seidel sofort seine Regierungsziele, die aus seiner Arbeit in der Opposition erwachsen waren, bekannt. Der neue Ministerpräsident fand große Sympathien, auch beim politischen Gegner. Seine Vorstellungen wurden mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Die Regierungserklärung begriff man als ein Programm der neuen Möglichkeiten. Die unmittelbare Nachkriegszeit fand in Bayern ihr Ende. Nunmehr galt es, stärker richtungweisend in die Zukunft zu wirken. Die Grundlagen hatte Seidel als Wirtschaftsminister selbst mitgelegt und die Struktur der CSU den kommenden Erfordernissen angepaßt. Im November 1958 sollten Landtagswahlen sein. Niemand zweifelte an einem Sieg der Regierungskoalition, auch Seidel nicht. Insofern war seine erste Regierungserklärung im Hinblick auf die Fortführung der bayerischen Politik nach der kommenden Landtagswahl konzipiert. Zwischenzeitlich galt es, mit einer Hypothek aufzuräumen, die die bayerische Politik lange Jahre übermäßig strapaziert hatte und an der bisher alle Regierungen gescheitert waren, die neue Regelung der Lehrerbildung. Nach dem sogenannten Seidel-Plan gelang es dem Ministerpräsidenten, unter allen Beteiligten bei gleichzeitiger Einhaltung der Verfassungsbestimmungen und der Kirchenverträge Konsens zu erzielen. Im Juni 1958 wurde das neue Lehrerbildungsgesetz im Landtag von allen Parteien angenommen. Seidel feierte seinen ersten Triumph. Es war ihm gelungen, »einen beinahe erratischen Block von der Straße der Politik« zu rollen und »eine der lästigen Hypotheken der bayerischen Politik« zu löschen. Seiner Meinung nach war das bedeutendste Anliegen der Lehrer ihre Befreiung aus dem Institut der Lehrerbildung und ihre Eingliederung in die Universität. Die konfessionspolitischen Forderungen traten demgegenüber rasch zurück.

Die Landtagswahlen im November 1958 hatten das erwartete Ergebnis. Hanns Seidel konnte in einem zweiten Kabinett die bisherigen Koalitionen fortsetzen. Der spätere Ministerpräsident Alfons Goppel, der im ersten Kabinett Staatssekretär im Justizministerium gewesen war, rückte an die Spitze des Innenressorts. Betrachtet man Anspruch und Leistung der beiden Regierungen unter der Führung Hanns Seidels, so wird man ohne Übertreibung feststellen müssen, daß wichtige Entscheidungen getroffen wurden, die vielfach bis heute den Rahmen der bayerischen Politik ab-

geben. Damit soll natürlich nicht bestritten werden, daß seit dem Rücktritt Seidels 1960 neue Aufgaben für die bayerische Politik hinzugekommen sind.

Ausgangspunkt des politischen Denkens und Handelns Seidels war nach wie vor der Föderalismus. Ihn sah er in enger Verbindung mit dem Gedanken der Subsidiarität. Den Zentralismus hielt er für die »primitivere und damit für viele Menschen überzeugendere Idee«. Ihm gegenüber stelle der Föderalismus eine »gewisse differenzierte politische und kulturelle Geistigkeit« vor, die die angemessenere Form einer christlichen Politik im Interesse der Menschen sei. Im Föderalismus liege die höchste Wahrscheinlichkeit, die unterschiedlichen Interessen einer pluralistischen Gesellschaft nicht nur zu harmonisieren, sondern auch berücksichtigend einzubringen. In der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland sei der Bundesrat jene Institution, in der man einem »zeitoffenen Föderalismus Ausdruck und Gewicht« verleihen könne. Hier griff Seidel auf eigene Erfahrungen und eine langjährige Tätigkeit in diesem Gremium zurück. Durch seine Initiativen auf dem Gebiet der Kartellgesetzgebung, der Steuer-, Struktur-, Verkehrs- und Investitionspolitik trug er wesentlich dazu bei, daß der Bundesrat in der Verfassungswirklichkeit jenes Selbstverständnis gewann, daß ihn noch heute auszeichnet und seinen Einfluß bedeutsam macht.

Die deutsche Aufgabe Bayerns endete für Hanns Seidel aber nicht in Bonn. Er führte den Gedanken des Föderalismus in drei Richtungen weiter, die in das Repertoire der folgenden Politikergenerationen eingehen sollten. Als Vorsitzender des Bundsratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Bundsratsausschusses »Gemeinsamer Markt und Freihandelszone« suchte Seidel die deutsche Europapolitik in föderale Bahnen zu lenken. Er war dafür bereit, die Einrichtung der Montanunion, die für Bayern Nachteile brachte, als Opfer seines Landes für Europa zu akzeptieren. In der Deutschlandpolitik galten ihm der Vorrang der Freiheit vor der Einheit und die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Sicherheitssystem als wesentlich. Gleichwohl sah er auch eine deutsche Aufgabe Bayerns in der Offenheit gegenüber Gesamtdeutschland. Das Ziel der Wiedervereinigung vor Augen vermied Seidel, von einer Politik der Stärke zu sprechen, sondern sah in einer Politik der Festigkeit einen Ansatz, sich über Institutionen und Sachgegensätze hinweg an die Bürger jenseits des Eisernen Vorhangs zu wenden und die deutsche Schicksalsgemeinschaft bewußt zu machen. Vorformen der später sogenannten Ostpolitik artikulierte nicht nur Bundesaußenminister Gerhard Schröder, sondern auch Hanns Seidel. Eine dritte geschichtliche Tradition nahm der bayerische Ministerpräsident auf, die sich aus der historischen Achse Rhein-Main-Donau ergab, nämlich die politische Ergänzung dessen, was oben mit der wirtschaftlichen Anbindung des südosteuropäischen Raumes an Mitteleuropa bereits angesprochen wurde. Bayerns Industrie war in der Veredelungs- und Verarbeitungsphase in der Lage, die Produkte seiner industriellen Leistungsfähigkeit auch jenen Ländern zur Verfügung zu stellen, die Bedarf hatten. Der Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals und der Ausbau des Regensburger Hafens waren Seidel deswegen ein besonderes Anliegen. Die Wirtschaftsbeziehungen in die Länder Südosteuropas haben seither ständig zugenommen. Die rege Reisetätigkeit bayerischer Politiker in diesen Raum legt ein beredtes Zeugnis ab.

In der Tat vergrößerte der Strukturwandel der bayerischen Wirtschaft ihre Operationsfähigkeit. 1957 betrug die Wertschöpfung der bayerischen Wirtschaft rund

25 Milliarden Mark. Davon entfielen auf die Land- und Forstwirtschaft 14,6 Prozent, auf Bergbau, Energiewirtschaft, verarbeitende Gewerbe und Baugewerbe, also Industrie und produzierende Gewerbe, 43,6 Prozent und auf Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen 22,7 Prozent. Zwei Drittel der Wertschöpfung erbrachte die industrielle, gewerbliche und Dienstleistungsproduktion. Die Industrie und der ihrem wachsenden Potential folgende Verteilungs- und Verkehrsapparat wurden zu den beherrschenden Faktoren der bayerischen Wirtschaft. Wollte Bayern seine Position nicht nur halten, sondern weiter ausbauen, mußte es den Weg zur Spezialisierung der Produktion auf dem Gebiet seiner Verarbeitungswirtschaft fortsetzen. Nur so konnte es seiner Rolle gegenüber dem Ostblock und innerhalb der EWG gerecht werden. Das machte Fortschritte auf technischem Gebiet ebenso notwendig wie auf den Sektoren der Energiegewinnung, der Rationalisierung der Produktion, der Organisation und der Marktforschung. Deswegen setzte sich Hanns Seidel 1957 für die Verwirklichung des »Gesetzes zum Schutz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« ein, obwohl sich daraus für Bayern Vorteile nur auf längere Sicht und durch weitere Industrialisierung erzielen ließen.

Zur Beseitigung der Standortnachteile waren die wichtigsten Maßnahmen der Ausbau der Verkehrswege, die Elektrifizierung und Verdieselung der Eisenbahn, die Fortführung der Main-Kanalisation, der Ausbau der Straßenverbindungen, besonderes Engagement bei der Erweiterung des Bundesautobahnnetzes in Bayern. Im Raum Ingolstadt entstand Bayerns neues Energiezentrum, dessen Raffinerien durch Rohrleitungen mit den Ölhäfen Marseille und Genua verbunden werden sollten. Nordbayern wurde an die Gasversorgung der Ruhr über eine Fernleitung angeschlossen. Bayerns erstes Atomkraftwerk ging in Planung. Der Ausbau von Verkehr und Energieversorgung sollte die Grundlage der industriellen Weiterentwicklung des Landes werden. Die Politik war erfolgreich. Zwischen 1958 und 1961 konnten 750 Industrie- und Gewerbebetriebe mit zusammen 115000 Arbeitsplätzen neu angesiedelt werden.

Der Landwirtschaft wies Seidel – dies ergab sich aus dem Verständnis seiner Politik – nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem auch eine soziale Bedeutung zu. Sie hatte ihre vorherrschende Stellung verloren und eine neue Identität zu finden. Ihre Erhaltung und Pflege sah Seidel nicht allein unter Gesichtspunkten der Rentabilität und des wirtschaftlichen Ertrages. Landwirtschaftliche Produktion sollte Umweltpflege, Umweltgestaltung und Umwelterhaltung mit berücksichtigen. Diese Gedanken blieben in der Folgezeit politisch brisant und sind in der gegenwärtigen Krise der Landwirtschaft aktueller denn je. Auf diesem Gebiet hatte für Seidel Subsidiarität ein besonderes Gewicht. Die humane Dimension des Umweltschutzes betonte die Regierung, als sie die Überwachung der Radioaktivität in Luft, Wasser und Lebensmitteln anordnete. Schwerpunkte des sozialen Engagements lagen nach den Bedürfnissen der Zeit im Wohnungs- und Krankenhausbau, im Bau und in der Erweiterung von Bildungseinrichtungen sowie Sportanlagen.

Auf kulturellem Gebiet folgte Hanns Seidel seiner Devise, daß der Staat nicht lenken, nicht Wissenschaft betreiben solle, sondern die notwendigen Voraussetzungen für eine freie Wissenschaft und Kultur zu schaffen habe. Diese Einstellung entsprach ganz seiner grundsätzlichen Auffassung, die für Wirtschaft und Kultur in gleicher

Weise gelten sollte. Der Staat sollte nicht »Unternehmer« sein, sondern die Freiheit kulturellen, wissenschaftlichen Schaffens, die Freiheit der Wirtschaft und des Wettbewerbs gewährleisten und nur eingreifen, damit diese Freiheiten erhalten blieben. Unter diesen Vorgaben entwickelte Seidel die bayerische Wirtschaft, förderte wissenschaftliche Initiativen und kulturelle Anbindungen. Im Schul- und Hochschulwesen kam es zu wichtigen baulichen und personellen Ausweitungen. Seinem Anliegen, einer Stärkung der Selbstverwaltung der Hochschulen, wurde in der Folgezeit allerdings nicht Rechnung getragen. Der Glaube, daß die Hochschulen eine ähnliche Selbstverwaltungsstruktur entwickeln könnten wie die Gemeinden, erwies sich als Illusion.

Die Kulturpolitik hatte für Hanns Seidel föderalistischen Erfordernissen und Ansprüchen der Toleranz zu genügen. Nicht partikularistische Verengung, sondern Offenheit war gefragt. Toleranz bedeutete für Seidel weder Gleichgültigkeit noch Prinzipienlosigkeit. Sie verdiene nur jener, »der ein persönliches, das heißt ein klares und gewissenhaftes Verhältnis zur Freiheit, zum Recht und zur Wahrheit hat«. Dies sind Seidels Grundwerte einer christlichen Politik. Hier ruht sein Optimismus für die Zukunft, ein Optimismus, der, wie er formulierte, »nicht umkränzt ist von den welken, noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Girlanden des Fortschritts«. Es mag widersprüchlich anmuten, wenn einer wie Hanns Seidel, der so viel für den materiellen Fortschritt als Wirtschaftsminister und Ministerpräsident getan hat, diese Warnung ausspricht. Man wird aber weniger überrascht sein, wenn man seine religiöse Haltung kennt und seine Erkenntnis berücksichtigt, daß der Mythos der öffentlichen Meinung auf der Grundlage eines wertfreien, ungezügelter materieller Fortschritts danach tendiert, den Menschen selbst in seiner Persönlichkeit beliebig zu machen. Darin sah Seidel nicht nur die größte Gefahr für die freie Persönlichkeit, sondern auch für die freie christliche Persönlichkeit des Menschen.

IV.

Zusammenfassend ist zu sagen: Hanns Seidel sah seine Wirkung im Beziehungsgefüge von Wirtschaft, Staat und Kultur. Dieses magische Dreieck galt es, wenn nicht in Harmonie, so doch wenigstens in einen labilen Gleichgewichtszustand zu bringen. Gegenüber den dynamischen Kräften von Wirtschaft und Kultur war für ihn der Staat im Kleide der Demokratie der schwächste der Beteiligten. Insofern suchte er diesen anonymen, auch abstrakten Staat der Demokratie mit den Menschen zu einer kraftvollen Lebensgemeinschaft zu verbinden. Viele Äußerungen und Maßnahmen galten diesem Ziel. Auch dem von Wilhelm Hoegner noch initiierten Bayerischen Verdienstorden maß er diese wichtige Bedeutung bei.

Die Harmonie, wenigstens das Gleichgewicht sollte im genannten magischen Dreieck durch den Föderalismus nicht nur als Organisationsprinzip, sondern als Wertprinzip, geprägt vom Gedanken der Subsidiarität, erreicht werden. Föderalismus in diesem Sinne mußte die Identität Bayerns steigern, war nicht abgrenzend, konnte sich öffnen für die deutsche Aufgabe in der Bundesrepublik und in Gesamtdeutschland, konnte auch offen gegenüber Europa und vor allem Südosteuropa sein. Die Rolle des Motors der Gestaltung dachte Seidel der CSU zu. In einem Akt der Neugründung trug er

organisationspolitisch und programmatisch wesentlich zu ihrer Form als moderne Partei bei und gab ihr die Möglichkeit, dieser Aufgabe im Vergleich zu anderen Parteien am ehesten gerecht zu werden.

Hanns Seidel war kein Übermensch, der alles alleine schuf, aber es war sein Charisma, das andere mittrug, ein Charisma, das durch gewollte Unauffälligkeit geprägt war. Hier liegt der Grund, warum viele seiner Festlegungen und Entscheidungen so selbstverständlich sind, daß sich die wenigsten an den Urheber erinnern. Die Politik Seidels bestimmte das Profil Bayerns und wesentlich dessen Schicksal nach 1945 und schuf wichtige Rahmenbedingungen für seine Entwicklung in der Zukunft. Die Ergebnisse dieser Politik sind bis heute Eckpfeiler des Handelns der Regierung.

So trägt diese Stiftung mit Recht seinen Namen und hält mit Recht die Erinnerung an ihn und an sein politisches Wollen lebendig.